

Leserbriefe

Draußen vor der Tür

Offener Brief an den Landesfischereireferenten LHStv. DI Uwe Scheuch:
Mit großem Interesse haben viele an der Fischerei Interessierte und auch ich zur Kenntnis genommen, dass Sie nun doch das im Regierungsprogramm vorgesehene Autonomiemodell der Kärntner Fischerei umsetzen wollen, aus dem ich zwei Sätze zitieren darf: »Zur Einfachung (sic!) von Organisation, Struktur und Kommunikationsaustausch wird als Ziel für die Fischerei die Umsetzung eines Kompetenzzentrums für alle Kärntner Fischer angestrebt. Weiters angestrebt wird die Entlassung der Fischereiverbände (sic!) in eine zusammengeführte, einheitliche Autonomie im Sinne der Autonomien wie sie die Kärntner Jägerschaft und die Feuerwehr besitzen.« Sie haben daher ein solches gemeinsam mit dem Landesfischereiverband, der Interessensvertretung der Fischereirechtsbesitzer, erarbeitet, wobei dieser in Zukunft als Körperschaft öffentlichen Rechts agieren soll. Am Konstrukt der Revierausschüsse in den Bezirken werde nichts geändert.

Sehr geehrter Herr DI Scheuch, wieso erklären Sie in diesem Zusammenhang der interessierten Öffentlichkeit nicht, dass wir dieses System ohnehin schon haben? Warum erklären Sie den einfachen Fischern und Fischerinnen nicht, dass diese damit für die weitere Zukunft in keinem Gremium Ihres Autonomiemodells (weder auf Bezirks- noch auf Landesebene) mitentscheiden können, weil sie überall in der Minderheit sind? Warum sagen Sie ihnen nicht, dass sie daher über ihre Fischereiabgaben (ca. 500.000 Euro im Jahr) in keiner Weise mitbestimmen können? Warum verschweigen Sie in diesem Zusammenhang, dass die einfachen Fischer und Fischerinnen zwar Pflichtmitglieder Ihres Autonomiemodells

sein werden, aber ihre Vertreter nicht selbst wählen können? Warum verschweigen oder ignorieren Sie den Umstand, dass bei der Kärntner Jägerschaft sehr wohl das demokratische Wahlprinzip (alle Jäger wählen demokratisch ihre Vertreter in den verschiedenen Gremien) gilt, nicht aber in Ihrem Autonomiemodell für die Kärntner Fischerei (vordefinierte Mehrheiten auf Bezirks- und Landesebene für die Vertreter der Fischereiberechtigten)? Wollen Sie denn nicht ein Fischerei-Autonomiemodell nach dem Vorbild der Kärntner Jägerschaft schaffen, wie im Regierungsprogramm erwähnt? Der lange Schreibe kurzer Sinn: Dass Sie mit Ihrem »neuen« Autonomiemodell die einfachen Kärntner Fischer und Fischerinnen aus dem gemeinsamen zukünftigen Haus aussperren wollen, gefällt mir und vielen Petrijüngern und Petrijüngerinnen des Südens gar nicht. Drüberfahren kann man schon. Aber dann ist alles plattgedrückt. Wollen Sie das wirklich?
Prof. Mag. Eduard Blatnik, Landesobmann Kärntner Fischereivereinerung

Unser rühriger Sozialminister

Wir werden in den nächsten Jahren 170.000 Arbeitnehmer zu wenig haben! Migration und Zuwanderung, daran führt kein Weg vorbei! Sollte es sich bei den 170.000 Arbeitnehmern, die uns nächstens abgehen werden, um gut ausgebildete Facharbeiter handeln, dann ist die Zuwanderung, wie sie in Österreich akzeptiert und gefördert wird, menschenverachtend, armutsfördernd und falsch, höchstens werden diese Einwanderer als willkommenes Wahlvieh ausgenutzt! Der Großteil der Ausländer, die zurzeit in Österreich um ein Bleiberecht ansuchen, sind keine ausgesuchten Fachkräfte, sie sind bedauernswerte Flüchtlinge, die in ihrer Hei-

Ihre Leserbriefe richten Sie bitte an:

leserbriefe@ktz.at, oder Fax 0463/54121 oder per Post an: Kärntner Tageszeitung, Karfreitstraße 24, 9010 Klagenfurt. Bitte geben Sie immer Ihre Adresse bekannt. Wir behalten uns Kürzungen vor.

mat weder eine Bildung noch eine Ausbildung erfahren durften. Sie kommen deshalb nach Österreich, weil es ihnen hier, auch ohne Arbeitsplatz, bei Weitem besser geht als dort, wo sie herkommen! Um diese traumatisierten Menschen in ein »normales« Arbeitsverhältnis einzugliedern, sie überhaupt für »die tägliche Arbeit« zu begeistern, bedarf es vorher einer jahrzehntelangen psychologischen Betreuung! Dass es in unserem Land überhaupt zu einem Fachkräftemangel gekommen ist, hat sich die Wirtschaft und die dazugehörige verantwortungslose politische Führung, selbst zuzuschreiben und muss dieses Dilemma zu 100 Prozent verantworten. Die Wirtschaft hat es bewusst verabsäumt, Jugendlichen eine ehrliche und zielführende Lehre angedeihen zu lassen. Die jungen, lernwilligen Auszubildenden wurden zum Großteil als billige Hilfsarbeiter ausgenutzt. Eine unbedingt notwendige, effektive Bildungsreform hat die Regierung bis heute nicht zusammengebracht! Der Sozialminister und seine üblichen Verdächtigen sollten sich selbst an der Nase nehmen, endlich etwas Sinnvolles weiterbringen und nicht als wissende, mahnende Sozialökonom durchs Land touren!
Ing. Hans Peter Jank, Villach

Ratingagenturen haben Italien herabgestuft

Wir Bürger, die alles bezahlen und kein Mitspracherecht besitzen, sind immer die mit dem Bummer!
Ratingagenturen sind die Handlanger der Großbanken, welche durch Zocken Milliarden verloren haben und durch Ratingagenturen »teure Kredite« verkaufen können, um wieder zu Geld zu kommen!? Banken – das sind jene, die das Geld von allen Bürgern »verzockt« haben – bekommen von der EU einen Schutzschirm, der wieder von den Bürgern zum 3. Mal bezahlt werden muss!? Politiker – das sind jene, die uns an die Banken – und Ratingagenturen verkaufen, die täglich mehr Schulden auf unsere Kosten machen und noch immer frei herumlaufen!? Aus diesem Teufelskreis scheint es kein Entrinnen zu geben, oder doch?! Wer wagt es, den Banken alle Spekulationen zu verbieten?! Wer wagt es, den Ratingagenturen das Aus zu bescheren?! Wer wagt es Politiker zur Verantwortung und Wiedergutmachung zu ziehen?!
Franz Peter Jelly, Vorderberg



Kritik: Hans Peter Jank findet, dass Sozialminister Hundstorfer (Bild) sich selbst an der Nase nehmen soll.